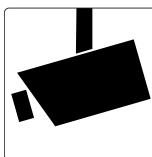




LINKES Wahlprogramm

- **SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.** Seite 4
- **Schritte zur Entwicklung des Bundestagswahlprogrammes** Seite 4



Innere Sicherheit

- **Freiheit stirbt mit Sicherheit** Seite 8
- **Jugendkriminalität im Landkreis Oder-Spree** Seite 12



Politische Bildung

- **Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Fürstenwalde – eine ehrenamtliche Initiative** Seite 11

Panzer schaffen keinen Frieden – nirgends!

Kundgebungen der LINKEN gegen die Verlegung von Gefechtsfahrzeugen und Panzern

Im Januar wurden Gefechtsfahrzeuge und Panzer für 4000 US-Soldaten von Bremerhaven durch Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg nach Osteuropa, vor allem Polen, verlegt. Die Bundeswehr übernahm die Logistik dieser Militäroperation.

Christian Görke, Vorsitzender DIE LINKE Brandenburg, erklärte dazu: „Wir sind historisch in der Verantwortung, für Frieden und Abrüstung zu sorgen. Panzer schaffen keinen Frieden – nirgends. Im Gegenteil, eine Truppenverlagerung in einem solchen Ausmaß ist Teil immer weiterer Aufrüstung und Provokationen. DIE LINKE wird sich in Brandenburg mit friedlichen Protesten gegen diese Truppenbewegungen wenden.“

Am 9. Januar fand am Bundeswehr-Truppenübungsplatz Lehnin, wo der Konvoi pausierte, eine Kundgebung gegen die Verlegung von Gefechtsfahrzeugen und Panzern statt. Foto: DIE LINKE Brandenburg



12. Januar, Fürstenwalde: US-Truppenverlegung stoppen – für eine Entspannungs- und Abrüstungspolitik!



Unter dem Motto „Panzer schaffen keinen Frieden“ rief der Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree zu einer Kundgebung am 12. Januar 2017 gegen die US-Truppenverlegung nach Osteuropa auf, die in der zweiten Januarwo-

che auch durch den Landkreis Oder-Spree führte. Der Protest fand in der Nähe vom Bahnhof Fürstenwalde statt, durch den auch Wagons mit Panzern und anderem Kriegsgerät in Richtung Polen rollten.

Kundgebung in
Fürstenwalde am
12. Januar 2017,
Foto: DIE LINKE
Fürstenwalde

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree



von
Christopher Voß,
Vorsitzender
DIE LINKE Oder-
Spree

Bis zum 20. Januar 2017 sollten US-Kriegsgerät und die dazugehörigen Soldaten ihre Ziele, vor allem in Polen, erreichen. Die Verlegung umfasste 2500 Ladungsstücke, darunter Gefechtsfahrzeuge und Panzer für insgesamt 4000 US-Soldaten. Die Bundeswehr übernahm in Deutschland die gesamte Logistik dieser Militäroperation.

Nachdem sich die NATO – entgegen aller Absprachen – nach dem Mauerfall weiter Richtung Russlands Grenze ausgedehnt hatte, spitzt sich die Beziehung beider Militärmächte durch diese Stationierung weiter zu.



US-Panzer auf dem Bahnhof in Frankfurt (Oder)

Foto: privat

Am meisten bin ich als christlicher Mensch von den Kirchen enttäuscht. Zu DDR-Zeiten gab es die Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“. Nun hört man gar nichts mehr. Höchstens, dass es einen Militärpfarrer gibt, der die Krieger segnet. Wie verkommen ist die Welt geworden, die Kirchen nicht ausgenommen. Die Diplomatie, das Verhandeln, das Abstecken der jeweiligen Position ist vollkommen in Vergessenheit geraten.

Lothar Nachtigall, Fürstenwalde

Quelle: Leserbrief in der MOZ vom 10. Januar 2017

Die Bundesregierung beteiligt sich an der NATO-Mission und somit an einem gefährlichen Abenteuer. So soll unter anderem – parallel zur US-Aufrüstung in Osteuropa – die Bundeswehr selbst im Rahmen der NATO-Operation „Atlantic Resolve“ im Februar 500 Soldaten, 20 Schützenpanzer Marder, sechs Kampfpanzer Leopard 2 sowie 170 weitere Militärfahrzeuge nach Litauen an die russische Grenze schicken.

Mit der Kundgebung in Fürstenwalde wurde die klare Botschaft verbreitet, dass sich Deutschland nicht an diesem Aufrüstungskurs beteiligen darf. DIE LINKE fordert daher die Bundesregierung auf, die Übernahme der Logistik durch die Bundeswehr für diesen Aufmarsch sofort zu stoppen und sich für eine Entspannungs- und Abrüstungspolitik zwischen NATO und Russland einzusetzen.

Als Versammlungsleiter freute ich mich, mehrere Redner begrüßen zu können. Den Auftakt machte unser Bundestagsabgeordneter Thomas Nord. In seinem Redebeitrag appellierte er: „Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen. Kein nationales Interesse lässt sich heute noch von der Gesamtverantwortung für den Frieden trennen. Jede Außenpolitik muss dieser Einsicht dienen. Als Mittel einer europäischen und weltweiten Sicherheitspolitik hat sie Spannungen abzubauen und die Kommunikation über die Grenzen hinweg zu fördern. Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irritatio.“

Ihm folgte der 1928 geborene Superintendent a. D. Günter Kuhn. Er richtete vor allem an die junge Ge-



neration die Botschaft, den Wert des Friedens stets zu schätzen. Unsere Kreistagsabgeordnete Mechthild Tschierschky übermittelte ihren Friedensgruß vom Friedenshaus Eisenhüttenstadt. Zum Abschluss trug unser Genosse Peter Engert (Fürstenwalde) eindrucksvoll das Gedicht „Meinst du, die Russen wollen Krieg“ von Jewgeni Jewtuschenko vor.

Nachdem sich erst fünf Tage zuvor Genossen auf die Anmeldung der Kundgebung verständigt hatten, konnten innerhalb dieser Zeit etwa 80 Teilnehmer mobilisiert werden. Darunter befanden sich auch erst kürzlich in die LINKE eingetretene Jugendliche.

An dieser Stelle möchte ich allen Genossen und Sympathisanten danken, die sich an der Vorbereitung und der Durchführung unserer Kundgebung beteiligt haben. Wir werden in diesem Wahljahr noch intensiv gefordert werden, für unsere friedenspolitischen Positionen zu werben.

NACHRICHT

Nato verlegt Bundeswehrtruppen nach Litauen

Im Rahmen der massiven Aufrüstungsinitiative der Nato wird der erste Bundeswehrverband ins osteuropäische Litauen verlegt. Dazu die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping:

Es ist höchste Zeit für eine neue zivile europäische Entspannungspolitik. Die Nato setzt weiter aggressiv auf Abschreckung und provoziert damit eine Eskalation mit Russland. Dass Nato-Kriegsgerät in Osteuropa stationiert

wird, verstößt gegen das Nato-Russland-Abkommen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Drehkreuz für die internationale Kriegsmaschinerie. Statt auf Panzer im Osten und Waffenexporte weltweit zu setzen, braucht unser Land eine Debatte über eine neue europäische Friedensordnung, die nicht ohne bessere deutsch-russische Beziehungen zu haben seit wird.

Ein Cordon sanitaire seitens der NATO um Russland sollte

nicht Politik der Bundesregierung sein. Die Stationierung von Bundeswehr-Verbänden an der Westgrenze Russlands, ob zeitweilig oder dauerhaft, vertieft den Graben zwischen Russland und Deutschland. Der feindselige Ton in Medien und in der Politik sollte zugunsten einer Wiedernäherung, einer Entspannung der Beziehungen weichen. Eine zeitgemäße Friedensbewegung sollte sich nicht nur für weltweite Demokratie- und Freiheitsrechte

einsetzen, sondern auch für faire Welthandelsbeziehungen streiten. Denn nur dort, wo eine gesellschaftliche Entwicklungszukunft besteht, ist ein wirklicher Frieden erst möglich. Nur eine solche Perspektive kann längerfristig eine tatsächliche Sicherheit für alle und nicht nur wenige, für Reiche und Privilegierte schaffen.

Quelle: www.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen

Tiefgreifender Wandel in den internationalen Beziehungen

Die NATO-Operation „Atlantic Resolve“ ist keine Rückversicherung, sondern ein Zeichen von Verunsicherung und Misstrauen. Aufrüstung ist für DIE LINKE der falsche Weg. Ein kollektives System für Frieden und Sicherheit in Europa lässt sich nicht durch Säbelrasseln und Wettrüsten erreichen, sondern durch die Bereitschaft zum Hinhören auf die Argumente des anderen.

Rede von Thomas Nord am 19. Januar zu der von der Fraktion DIE LINKE beantragten Aktuellen Stunde „Außenpolitische Auswirkungen der US-Truppenverlegungen nach Osteuropa „Atlantic Resolve““:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich hier im Plenum zum 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages sprach, endete ich am 23. Juni 2016 mit den Worten (Zitat):

„Wer eine Politik der friedlichen und nachhaltigen Koexistenz sowie ein kollektives System für Frieden und Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands anstrebt, kann und darf nicht aus den Augen verlieren, dass diese Sicherheit auch eine für die mittel- und osteuropäischen Staaten sein muss. Diese lässt sich nicht durch Säbelrasseln und Wettrüsten erreichen.“

Diese Position muss ich heute nicht revidieren.

Die internationale Lage, wachsende Spannungen, die militärischen Konflikte an den europäischen Außengrenzen bestätigen sie.

Der Truppentransport im Rahmen der NATO-Operation „Atlantische Entschlossenheit“ zeigt das. Es ist kein Zufall, dass dieser auf den Januar vorverlegt wurde. Die Terminänderung zeigt, er ist kein Zeichen der Stärke, sondern der Verunsicherung und des Misstrauens. Am Tag der Debatte zum Nachbarschaftsvertrag mit Polen wurde der Brexit beschlossen. Die Debatte heute findet am Vorabend der Amtseinführung von Donald Trump statt.

Beide Termine kennzeichnen den tiefgreifenden Wandel in den europäischen und internationalen Beziehungen.

Nach dem Kalten Krieg, dem Zusammenbruch der Sowjetunion, endet jetzt das Zeitalter der USA als Supermacht. Nach den Niederlagen in Afghanistan, Irak und dem Scheitern in Syrien können die USA ihre weltpolitische Rolle nicht mehr ausfüllen. Die USA werden zu einer Großmacht unter anderen. Das ist der geopolitische Kern des von Trump angekündigten „Ame-

rica First“. Russland hat sich vom Zusammenbruch erholt. Mit dem Kriegeinsatz in Syrien ist es zur politischen und imperialen Großmacht geworden.

Wir treten ein in eine Zeit neuer und alter Großmächte, in eine multipolare Welt ohne wechselseitig anerkanntes Kräfteverhältnis.

Internationale Institutionen, entstanden als Lehre aus dem zweiten Weltkrieg, verlieren Autorität. Das Völkerrecht wird benutzt, wie es gefällt, oder missachtet.

Mit der Wahl von Trump ist der Atlantik breiter geworden. Die Europäische Union ist keine Großmacht und in einer Krise. Sie wird nach dem Brexit kontinental und steht auf dem Prüfstand.

Auch die Mittel- und Osteuropäischen Staaten befinden sich in dieser Situation. Sie sind gleichberechtigte Mitgliedsstaaten der EU, haben aber die Erfahrungen, dass sie wiederholt Spielbälle europäischer Mächte waren. Die baltischen Staaten und Polen fürchten sich vor Russland und rufen nach mehr Schutz durch die NATO, mehr Militär, mehr Aufrüstung und mehr Abschreckung. Zugleich führt wachsender Nationalismus zu einer hohen Belastung der EU und Schwächung wichtiger Formate wie z.B. dem Weimarer Dreieck. Das führt in die falsche Richtung!

Jeder Krieg kann jederzeit in eine nukleare Auseinandersetzung führen. Die EU steht unter diesen Vorzeichen vor der Notwendigkeit, eine Gemeinsame Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik zu skizzieren. Aufrüstung, Militarisierung und Nationalismus sind keine vernünftigen Antworten.

Der Weg zu einem System kollektiver Sicherheit muss nicht neu gefunden werden. Man findet ihn schon 1971 bei Willy Brandt (Zitat):

„Ich begreife eine Politik für den Frieden als wahre Realpolitik dieser Epoche. ... Wir müssen der Gewalt

und der Androhung von Gewalt im Verkehr der Staaten entsagen, endgültig und ohne Ausnahme. Das schließt die Unverletzlichkeit bestehender Grenzen notwendig ein, ... Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle. ... Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten muß respektiert werden. ... Ein Europa des Friedens braucht die Bereitschaft zum Hinhören auf die Argumente des anderen, denn das Ringen der Überzeugungen und Interessen wird weitergehen.“

Das ist der richtige Weg für die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Dafür sollten wir gegenüber Russland, aber auch den baltischen Staaten und Polen werben.

Das schien schon 1963 illusorisch, aber es hat Egon Bahr nicht abgehalten, die Feststellung zu treffen: **„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“**

Aus der Sicht der LINKEN bleibt es dabei.



von
Thomas Nord,
 Mitglied des Bundestages, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe

Kontakt:
 • Wahlkreisbüro:
 Mühlenstraße 15,
 15517 Fürstenwalde
 Tel. (0 33 61) 34 26 18
 Fax (0 33 61) 34 26 24
 • E-Mail:
 thomas.nord.ma04
 @bundestag.de
 • Internet:
 www.thomas-nord.de

Thomas Nord kandidiert zur Bundestagswahl am 24. September als Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 63 – LOS, Frankfurt (Oder).

Weimarer Dreieck

„Das Weimarer Dreieck geht zurück auf ein Treffen des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher mit seinen französischen und polnischen Kollegen Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski in Weimar im Jahre 1991. Ziel dieses Treffens war es, gemeinsame Grundinteressen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen über die Zukunft der Entwicklung Europas zu identifizieren und die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit zu verbessern.“

Folgende Gremien arbeiten gegenwärtig kontinuierlich:

- Treffen der Außenminister
- Austausch der Europa-Minister

In unregelmäßigen Abständen treffen sich Staats- und Regierungschefs im Weimarer Format.

Darüber hinaus gibt es die Zusammenarbeit der Parlamente und Ministerien. Auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft hat der trilaterale Austausch zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Zusammenarbeit_Staaten/WeimarerDreieck/WeimarerDreieck.html



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche, Mitglied
des Präsidiums des
Bundesausschusses
der Partei
DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen:
LINKES Programm zur Bundestagswahl 2017

SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.

Am 14. Januar habe ich an einer Gremienberatung teilgenommen, in der die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger unter oben genannten Titel den Entwurf für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl im September 2017 vorstellten.

In der Einführung zum Entwurf heißt es:

„Wir wollen ein Land, in dem Alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben. Wir wollen, dass Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besser gestellt werden. Wir wollen ein Land, in dem Reichtum das ist, was Allen gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, Kultur. Wir wollen das Öffentliche stärken. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Orientierung. In dem niemand ausgegrenzt wird. Dafür treten wir an. Gegen den Hass, die Abschottung und die Vorurteile der

Rechten. Für soziale Gerechtigkeit und Frieden und einen Aufbruch der Demokratie ...

Eine Politik, die sich daran bindet, die Bedingungen fürs Kapital möglichst günstig einzurichten, führt zu immer neuen Krisen: wirtschaftlichen und sozialen.

Die Bundesregierung stärkt den Finanzkapitalismus: in Deutschland, in Europa und weltweit. Wohnungen, Lebensmittel, Gesundheit werden zu Märkten für die Spekulation. Die Gewinne kommen nur einer Minderheit zugute. Die Folgen: Die Menschen in Deutschland leben unter ihren Möglichkeiten. Die Politik der deutschen Regierung in Europa hat verheerende Folgen für die Menschen. Die EU war ein Zukunftsprojekt des deutschen und europäischen Kapitals. Es wurde als Hoffnungsprojekt verkauft. Es ist heute in einer grundlegenden Krise. Dahin haben die Sozialkürzungen und Austerität und der Mangel an Demokratie geführt ...

Die Antworten der Mächtigen auf die Krisen setzen auf mehr Abschottung, Aufrüstung und auf eine europäische Interventionsarmee. Gleichzeitig wachsen Rassismus und Nationalis-

mus und die Hetze gegen Menschen, die vor den Folgen dieser Politik auf der Flucht sind ...

Wir brauchen ein anderes Europa, mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. Die neoliberale Politik von Privatisierung, Spekulation und Austerität wollen wir beenden. Wir wollen abrüsten und Waffenexporte verbieten. Wir werden uns niemals damit abfinden, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in Tod und Folter abgeschoben werden. Wir wissen: Wir müssen die Ursachen bekämpfen, nicht die Symptome. Wir müssen Krieg, Waffenexporte und die Ungerechtigkeiten in der globalen Wirtschaft beenden. Nur DIE LINKE steht an der Seite von Armen und Erwerbslosen wie an der Seite der Geflüchteten. Wir streiten für ein friedliches, solidarisches und demokratisches Europa.

Seit 1989 sind viele Kriege um eine neue Ordnung der Welt und die Öffnung von Märkten für den Freihandel geführt worden. Sie befördern Ausbeutung und globale Ungerechtigkeit, produzieren Leid und Zerstörung und treiben Millionen von Menschen in die Flucht. Die deutsche Regierung hat zu dieser Entwicklung beigetragen ...

Wie geht es mit dem der Entwicklung des Programmes bis zur Bundestagswahl weiter?

Am 21. Januar 2017 diskutierte der Parteivorstand den Entwurf des Wahlprogrammes. In vier Städten werden Regionalkonferenzen durchgeführt:

- **Regionalkonferenz West**
mit Katja Kipping
29. Januar 2017, Bergheim (NRW)
- **Regionalkonferenz Nord**
mit Bernd Riexinger
4. Februar 2017, 11–17 Uhr, Hamburg, Haus des Sports (Alexander Otto-Saal), Schäferkampsallee 1, 20357 Hamburg
- **Regionalkonferenz Ost**
mit Katja Kipping
11. Februar 2017, 11–17 Uhr, Leipzig, Felsenkeller Leipzig, Karl-Heine-Straße 32, 04229 Leipzig
- **Regionalkonferenz Süd**
mit Bernd Riexinger
18. Februar 2017, 11–17 Uhr, Frankfurt (Main), Ka Eins, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt am Main

Im April wird der Parteivorstand dann den Leitantrag für den Parteitag vorle-

gen. Das Wahlprogramm wird auf dem Parteitag vom 9. bis 11. Juni 2017 verabschiedet. Mitglieder und Gremien der Partei sind aufgerufen, ihre Vorschläge dem Parteivorstand zu unterbreiten und haben dann auch die Möglichkeit von Änderungsanträgen an den Parteitag.

Die Dokumente zum Wahlprogramm sind im Internet auf der Seite der Partei DIE LINKE veröffentlicht und können heruntergeladen werden.

- Das Wahlprogramm und Finanzierungskonzept der im Wahlprogramm festgeschriebenen Ziele stehen unter <https://www.die-linke.de/die-linke/wahlen/wahlprogramm-2017/erster-entwurf-des-wahlprogramms-2017/>.
 - Meinungen dazu sind unter <https://www.die-linke.de/die-linke/wahlen/wahlprogramm-2017/deine-meinung-ist-gefragt/> gefragt.
- Hilfen geben auch die Geschäftsstellen der LINKEN im Landkreis Oder-Spree.

Wenn wir keine Alternativen durchsetzen, zerstört der Kapitalismus zunehmend die Gesundheit der Menschen, ihren sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Massenerwerbslosigkeit und Armut im globalen Maßstab, Kriege, rechter und islamistischer Terror, Millionen Menschen, die vor Verfolgung, Armut, Krieg und den Folgen des Klimawandels fliehen und ihre Heimat verlassen müssen – all das zeigt: Der globale Kapitalismus führt zu immer mehr Verwerfungen und Krisen. Dieses System im Interesse einer Klasse von Kapitaleigentümern und Superreichen widerspricht den Interessen der Mehrheit der Menschen. DIE LINKE kämpft daher für Alternativen zum Kapitalismus.“

Der Einführung folgen 65 Seiten Text. Da bleiben natürlich Fragen diskussionwürdig.

So heißt es z.B. „Wer den Rechtsruck in Europa stoppen will, muss sich für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland einsetzen.“ (Seite 54) Was aber ist ein Politikwechsel? Im Entwurf werden viele Einzelforderungen aufgemacht. Was den von uns angestrebten Politikwechsel ausmacht, wird aber nicht konkret beschrieben.

Richtig heißt es im Entwurf: „Die Agenda 2010 und das Hartz-IV-System haben Millionen Menschen in den Niedriglohn gestoßen und zur Armut und Bevormun-

dung verurteilt.“ (Seite 6) Bei den Auseinandersetzungen in der Kommunalpolitik, aber auch in den Ausführungen sozialdemokratischer Minister, müssen wir jedoch immer noch erleben, dass sie uns ihre Hartz-IV-Reformen unverändert als großen Wurf verkaufen wollen (vgl. meinen Beitrag zur Kommunalreform in Brandenburg auf Seite 10). Können daraus ernsthaft Partner für einen Politikwechsel auf diesem Gebiet werden?

Der Entwurf des Wahlprogramms enthält grundsätzliche friedenspolitische Positionen der LINKEN. Richtig heißt es: „Wir brauchen eine aktive Friedenspolitik! Die Vorherrschaft des Militärischen muss beendet werden. Wir wollen alle deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückziehen und Rüstungsexporte verbieten.“ (Seite 67)

Das bedeutet unter anderem: Schluss mit der provokativen und gefährlichen Stationierung deutscher Soldaten unweit der russischen Grenzen, der mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und GRÜNEN erst in diesem Jahr begonnen wurde.

Diese Konsequenz findet sich aber nicht wieder, wenn es auf Seite 70 heißt: „DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und auf Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland

setzt.“ (Seite 70) Mit der Beschränkung auf Kampfeinsätze wird der Abzug von den russischen Grenzen in letzter Konsequenz nicht erfasst.

Wie gesagt – weiter Raum für Diskussionen.

Das Wahlprogramm ist ein Versprechen dafür, was DIE LINKE nach der Wahl tun wird. Und anders als andere Parteien halten wir uns daran.

Es geht mit dem Wahlprogramm aber nicht nur um eine ferne Zukunft, um Ansprüche und Erwartungshaltungen.

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa ermittelte zwischen dem 9. und 13. Januar bei einer telefonischen Befragung von 1 003 Brandenburgern, dass – wäre bereits jetzt Bundestagswahl und nicht erst am 24. September – in Brandenburg die SPD 19 Prozent erhalten würde, die CDU 30 Prozent, die AfD 20 Prozent, und DIE LINKE 16 Prozent.

Allein durch reden werden wir diesen Zustand nicht ändern. Wir müssen ein schlüssiges Wahlprogramm auf konsequent linken Positionen erarbeiten und vertreten. Zugleich müssen wir aber auch in der verbleibenden Zeit bis zur Wahl tatsächlich eine Politik machen, in der sich die Menschen im Land wie im Landkreis mit ihren Interessen und Problemen wiederfinden.

DOKUMENTIERT

Versagt vor der Geschichte

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im NPD-Verbotsverfahren am 17. Januar 2017

An allen Gedenktagen an die Opfer des NS-Regimes, so sicher auch am bevorstehenden 27. Januar, werden von den politisch Verantwortlichen in Deutschland Reden gehalten, in denen man die Verbrechen

des deutschen Faschismus benennt und ein „Nie wieder!“ verspricht.

Aber wenn es darauf ankommt, die Konsequenzen aus den Millionen Opfern dieses verbrecherischen Regimes zu ziehen,

und zwar die allereinfachste und naheliegendste, nämlich dass die dafür verantwortlichen politischen Kräfte nie Gelegenheit erhalten dürfen, einen erneuten Anlauf zur Errichtung eines ähnlichen menschenfeindlichen Regimes zu errichten, wird versagt.

Es wird aber nicht einfach aus Unvermögen, sondern, wenn man das Anti-Verbots-Trommelfeuer der letzten Monate in Politik und Medien betrachtet, es wird vorsätzlich versagt. Eine neo-nationalsozialistische

Partei soll es in Deutschland geben dürfen, das ist die Quintessenz all dieser Aktivitäten.

Zu den historischen Verbrechen des deutschen Faschismus kommen noch hinzu die knapp 200 Toten seit 1990 und die rassistischen Mobilisierungen der letzten zwei Jahre, bei denen die NPD eine wesentliche Rolle gespielt hat. Sie hat Strukturen, Ideologie und hasserfüllte Parolen zur Verfügung gestellt, was sogar noch aus Steuermitteln finanziert wird. Das macht deutlich, dass von der NPD Gefahr ausgeht, unabhängig davon, ob sie in Parlamenten sitzt oder nicht.

Außerdem wurde vorsätzlich darauf verzichtet, dem völkischen Nationalismus wie er auch durch die AfD vertreten wird, einen Riegel vorzuschieben.

Dazu sagen wir Nein: Faschismus gehört verboten, weil er keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. Die NPD hat, ebenso wie andere faschistische Gruppierungen, keinen Anspruch auf Legalität.

An dieser Lehre der Geschichte halten wir fest.

Cornelia Kerth,
Bundesvorsitzende der
VVN-BdA
Karlsruhe, 17. Januar 2017



Zeichnung: Klaus Struttman

von Anja Krüger,
Redaktion DISPUT,
Quelle: DISPUT, De-
zember 2016

Der „Anti-Steinmeier“

DIE LINKE stellt den Armutsforscher Christoph Butterwege als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten auf



Der Wissenschaftler ist verheiratet mit Carolin Butterwege, die von 2010 bis 2012 für die LINKE im nordrhein-westfälischen Landtag saß und mit der er zwei Kinder hat.

Foto: Martin Heinlein

Weitere Informationen zu Christoph Butterwege im Internet unter:
<https://www.die-linke.de/die-linke/wahlen/bundespraesidentenwahl-2017/>

Ein scharfer Kritiker des Neoliberalismus und der fortschreitenden sozialen Spaltung als Hausherr im Schloss Bellevue – das wünscht sich das solidarische Lager. Wenn am 12. Februar die 1260 Mitglieder der Bundesversammlung den neuen Bundespräsidenten wählen, wird ein entsprechender Kandidat zur Verfügung stehen. Mit Christoph Butterwege hat DIE LINKE eine hervorragende Alternative zu Frank-Walter Steinmeier aufgestellt,

dem Kandidaten für das Bundespräsidentenamt der Großen Koalition. Steinmeier steht wie kaum ein anderer Sozialdemokrat für die Hartz-Gesetze, Butterwege ist einer der profiliertesten Kritiker des Abbaus sozialer Rechte. Einen „Anti-Steinmeier“ nannte ihn die FAZ.

Einstimmiges Votum

Nach langem Ringen hatte die Große Koalition im November ihren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorgestellt, den jetzigen Bundesaußenminister Steinmeier. Zuletzt hatte Kanzlerin Angela Merkel die ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagenbehörde Marianne Birthler als Nachfolgerin für Joachim Gauck vorschlagen wollen, doch Birthler hatte in letzter Minute abgelehnt. Mangels Unions-Kandidaten konnte die SPD Steinmeier durchsetzen.

Wenige Tage später haben Bundestagsfraktion und der geschäftsführende Parteivorstand der LINKE Butterwege mit einem einstimmigen Votum für die Wahl zum Bundespräsidenten nominiert.

Butterwege gehört zu den angesehensten Armutsforschern Europas. Er begreift sich nicht als Wissenschaftler im Elfenbeinturm, sondern nutzt seine Arbeit immer wieder für politische Interventionen. Hartnäckig schreibt er in seinen in vielen Auflagen erschienenen Büchern gegen neoliberale Politikansätze sowie Sozialabbau an und fordert mehr Umverteilung und soziale Gerechtigkeit. „Wenn ich in den Medien, in der Öffentlichkeit wissenschaftliche Erkenntnisse vertrete, dann greife ich damit auch in politische Auseinandersetzungen ein“, beschreibt er sich selbst. „Und ich bin mir dessen bewusst, und ich bekenne mich dazu.“ Seine Lebensthemen sind Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Einen Namen gemacht hat er sich aber auch als Rechtsextremismusforscher. Er ist ein gefragter Interviewpartner und wird oft zu Vorträgen und Diskussionen eingeladen. „Ich stehe für den aktiven Sozialstaat“, sagt er.

Dass seine Chancen bei der Abstimmung in der Bundesversammlung nicht die größten sind, ist al-

len Beteiligten klar. Es gehe darum, ein Zeichen zu setzen, sagt Butterwege. „Mit meiner Kandidatur möchte ich die Öffentlichkeit für soziale Probleme sensibilisieren, denn obwohl die Gesellschaft immer stärker auseinanderfällt, nimmt das Establishment diesen Polarisierungsprozess nicht oder falsch wahr.“ Butterwege hofft, in der Bundesversammlung 100 Stimmen zu bekommen – sechs mehr, als die LINKE hat. Die grüne Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt hat erklärt, dass ihre Partei Butterwege nicht unterstützen wird.

Der 65-Jährige ist parteilos. 2005 ist er aus Protest gegen die „Große Koalition gegen den Sozialstaat“ aus der SPD ausgetreten. Nach der Bundestagswahl habe er auf eine „sozialdemokratische Selbstkritik nach der Ära Schröder“ gehofft, auf eine Rückbesinnung auf die alten sozialdemokratischen Werte, erklärte er damals. Butterwege war als 19-jähriger Abiturient 1970 aus Begeisterung für Willy Brandt in die SPD eingetreten und engagierte sich bei den Jungsozialisten in Dortmund. Mit dem späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder saß er im Bundesausschuss der Jusos. 1975 wurde Butterwege aus der SPD ausgeschlossen, weil er in einem Text für die damals DKP-nahen „Blättern für deutsche und internationale Politik“ Kanzler Helmut Schmidt kritisiert hatte. Er warf Schmidt vor, die SPD nach rechts zu führen und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter nicht zu berücksichtigen – eine auch im Rückblick treffende Analyse. Schröder machte sich für Butterwege stark, als der 1983 einen Wiederaufnahmeantrag stellte, den die Partei erst 1987 bewilligte.

1990 wurde Butterwege an der Universität Bremen habilitiert und erhielt an verschiedenen Hochschulen Lehraufträge. Nach einer Vertretungsprofessur an der Fachhochschule Potsdam bekam er schließlich 1998 einen Ruf an die Universität Köln, wo er bis vor kurzem als Professor für Politikwissenschaft lehrte. Ende Oktober ist er emeritiert worden.

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung.
Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe.
Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag.
Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Brandenburg

Neues System „Kombibus“

Öffentlicher Personennahverkehr im ganzen Land Brandenburg

Für viele Brandenburger ist der ländliche Raum Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum. Er verfügt über eine leistungsstarke Agrarwirtschaft, zeigt positive wirtschaftliche Entwicklungen. Er prägt das Antlitz des Landes, ist mit seinen Natur- und Kulturlandschaften Träger des Tourismus. Doch der demografische Wandel fordert neue Lösungen. Wie können künftig gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen garantiert werden? Die LINKE will den ländlichen Raum stärken. An der Qualifizierung ihres Konzeptes arbeitet derzeit die Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN. Das Ergebnis soll Anfang des Jahres 2017 vorgestellt werden. Der 2. und letzte Teil der Serie befasst sich mit dem Öffentlichen Personennahverkehr.

Die neue Koalition in Berlin (SPD, LINKE, Grüne) hat Anforderungen an einen Ausbau des S-Bahn- und Regionalverkehrs aus ihrer Sicht definiert. Das Land Brandenburg hat vor wenigen Wochen die so genannten „Korridoruntersuchungen“ abgeschlossen. Darin wird der perspektivische Bedarf an Zügen und Strecken definiert. Dabei geht es zum Beispiel um den S-Bahn-Ausbau in Richtung Velten und Ludwigsfelde, um Regionalbahnanbindungen. Die Ergebnisse müssen jetzt zwischen Berlin und Brandenburg abgestimmt werden. Daraus ist ein gemeinsamer Bedarf zu definieren, der zusammen mit dem VBB (Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg) und der Deutschen Bahn zu entscheiden ist. Für Brandenburg sind neben dem Berliner Umland natürlich auch der Ausbau und die Erweiterung von Streckenführungen wie z. B. nach Cottbus und Schwedt notwendig und wichtig, um den ländlichen Raum verstärkt anzubinden.

DIE LINKE will, dass die Taktzeiten im Schienenpersonennahverkehr verbessert und mit dem Öffentlichen Personennahverkehr besser verknüpft werden. Dazu gehören: 60-Minuten-Takt als Grundtakt in der gesamten Hauptstadtregion, 20- bis 30-Minuten-Takt als Grundtakt zwischen Berlin und dem Berliner Umland, bzw. 10- bis 15-Minuten-Takt zwischen Ber-

lin und dem Berliner Umland auf wichtigen und stark nachgefragten Pendlerverbindungen in der Hauptverkehrszeit.

Perspektivisch geht es aus Sicht der LINKEN auch darum, alle Grundnetze (vor allem Busverkehr) im Öffentlichen Personennahverkehr in allen Landkreisen sicherzustellen, um die Mobilität in der Fläche zu gewährleisten. Die Bundesregierung stellt bis 2031 insgesamt 7,6 Milliarden Euro für Brandenburg als so genannte Regionalisierungsmittel zur Verfügung.

965 Millionen Euro von 2014 bis 2020 für den ländlichen Raum in Brandenburg

Dazu ist der Bund gesetzlich verpflichtet. Dabei handelt es sich um Gelder, die für Schienen- und zum Teil auch für den übrigen Personennahverkehr verwendet werden können. Im Haushalt des Landes für 2017/2018 sind ergänzend 12 Millionen Euro für die Erneuerung der Straßenbahnen zur Verfügung gestellt worden.

Seit Juni 2016 gibt es eine neue KombiBus-Richtlinie in Brandenburg, die Möglichkeiten für Fahrgäste bietet. Danach können Fahrgäste, kleinere Güter, Post oder Fahrräder im KombiBus mitgenommen werden – was in herkömmlichen Linienbussen nicht möglich ist. In der Uckermark hat sich das Konzept bewährt. Jetzt können auch weitere Verkehrsgesellschaften beim Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung eine Anschubfinanzierung beantragen, um auf bestehenden Buslinien KombiBusse fahren zu lassen. Dafür stehen pro Verkehrsgesellschaft bis zu 70 000 Euro bereit. Hintergrund: Seit 2013 ist in Bran-

denburg das PlusBus-Konzept in Kraft. Es beinhaltet einen durchgehenden Stundentakt von Montag bis Freitag (auch in den Schulferien), häufigere Fahrten in den Abendstunden und Fahrzeuge mit WLAN. In den Städten Lehnin und in Brandenburg wurden bereits 25 bis 50 Prozent mehr Fahrgäste verzeichnet.

Im Rahmen eines Bahnhofskonzeptes können 10 kleinere Bahnstationen im Land barrierefrei umgebaut werden. Dafür stellt das Bundesverkehrsministerium aus dem sogenannten „Zukunftsinvestitionsprogramm“ Fördermittel zur Verfügung, die mit Landesgeldern ergänzt werden. Welche Bahnhöfe das sein werden, ist noch nicht geklärt.

Das Mobilitätsticket als ein kostengünstiges Angebot für Pendler muss immer im Landeshaushalt gesichert werden. Im Koalitionsvertrag von SPD und LINKEN ist vereinbart, dass es auch für Fahrten nach Berlin gelten soll. Bisher gab es dafür aber im Nachbarbundesland keine Mehrheiten. Mit der neuen Berliner Regierung soll nun darüber verhandelt werden.

Die ersten Beiträge zum „Ländlichen Raum“ druckten wir im Widerspruch 11/2017 ab.

*Quelle: Offene Worte, Barnim
Fotos: DIE LINKE im Landtag Brandenburg*

Die Autoren



Anke Schwarzenberg, MdB, Sprecherin für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Minderheitenpolitik der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft



Ralf Christoffers, MdB, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Infrastruktur, Regionalplanung und Raumordnung, Mitglied in den Ausschüssen für Haushalt und Finanzen sowie für Infrastruktur und Landesplanung

Der Landeshaushalt 2017/18

100 € € € € €

Linke Finanzpolitik für besseren ÖPNV

Insgesamt **12 Mio. Euro** zusätzlich für die Belange des ÖPNV:

- **3 Mio. Euro** für das Jahr 2017
- **6 Mio. Euro** für das Jahr 2018
- **3 Mio. Euro** für das Jahr 2019 sind bereits gesichert

Anmerkung: Mit dem Geld werden Investitionen in den ÖPNV gefördert, die vor allem den Kauf **neuer Straßenbahnen** unterstützen sollen. Darüber hinaus soll es dabei helfen, den ÖPNV in Brandenburg **barrierefrei** zu machen. Bessere Angebote im ÖPNV sind gut für die Fahrgäste und für den Klimaschutz.



DIE LINKE.
 Fraktion im Landtag Brandenburg

Von Dr. Volkmar
Schöneburg,
MdB, Fraktion
DIE LINKE

Freiheit stirbt mit Sicherheit

Innere Sicherheit – Überlegungen zum bundespolitischen Maßnahmenkatalog



Foto: Fraktion
DIE LINKE
im Landtag
Brandenburg

Nach dem terroristischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt, bei dem zwölf Menschen ihr Leben genommen wurde, entbrannte sofort eine sicherheitspolitische Debatte. Ohne dass überhaupt Klarheit über die Tat begünstigenden Bedingungen bestand, präsentierten der Bundesinnenminister und sein Kol-

lege aus dem Justizressort einen Maßnahmenkatalog zur „inneren Sicherheit“. Es sind die gleichen sicherheitspolitischen und medialen Reaktionsmuster wie nach den New Yorker Anschlägen vom 11. September 2001 oder denen von Paris 2015: der Beschworung der westlichen Werte folgt der Ruf nach dem starken Staat, nach Gesetzesverschärfungen, nach mehr Überwachung der Bevölkerung oder nach dem verfassungswidrigen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Die gegenwärtigen Hauptforderungen sind die Einführung der elektronischen Fußfessel für „Gefährder“, die Ausdehnung der Videoüberwachung, die Erleichterung der Abschiebehaft oder die Schaffung eines zentralen Geheimdienstes. Die hektische Betriebsamkeit der Innenpolitiker zeigt auch, dass die Wahlen ihre Schatten vorauswerfen. Auf dem Weg zu einem Wahlsieg helfen offenbar nur Bekenntnisse, einen sicheren Staat zu schaffen. Mit der Proklamation der Freiheit gewinnt man keine Wahlen mehr. Nichtsdestotrotz ist eine grundrechtsorientierte Sicherheitspolitik einzufordern.

Sicherheit vor dem Staat

Die rechtsstaatlichen Bedenken werden mit der Formel „Freiheit setze Sicherheit voraus“ gewegwischt. Dabei wird auch manchmal Wilhelm von Humboldt bemüht. Der hatte geschrieben, Sicherheit sei die Voraussetzung der Freiheit. Unterschlagen wird dabei jedoch, dass Humboldt damit die Sicherheit vor einem allmächtigen, willkürlichen Staat meinte. Sicherheit der Bürger durch die Gewährleis-

tung der Bürgerrechte war die Formel der Aufklärung.

Verfassungswidrige Sicherheitsgesetze

Eine Erfahrung nach 9/11 besagt: der Terror stärkt die Staatsgewalt und entwertet die Freiheitsrechte. Nicht ohne Grund hat das Bundesverfassungsgericht maßlose Sicherheitsgesetze in den letzten Jahren als verfassungswidrig korrigiert. Stichworte sind: der Große Lauschangriff, die präventive Telekommunikationsüberwachung, der präventive Abschuss eines gekaperten Passagierflugzeugs durch das Militär oder die anlasslose Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten. Diese Beispiele dokumentieren ein bedenkliches Verfassungsbewusstsein der politischen Klasse.

Schutz der individuellen Freiheitsrechte

Wie soll vor diesem Hintergrund der soziale und demokratische Rechtsstaat auf schwere Gefahren reagieren? Von der individuellen Freiheit aus gedacht, muss es bei der Abwehr solcher Gefahren um den Schutz der individuellen Freiheitsrechte gehen, insbesondere um die Menschenrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Massive Eingriffe in bürgerliche Freiheitsrechte dürfen nur dann erlaubt sein, wenn deren Kern unmittelbar bedroht oder verletzt ist. Zudem müssen die Eingriffe verhältnismäßig, also geeignet, erforderlich und angemessen sein.

Unsinn einer Fußfessel für „Gefährder“

Dies beachtend, ist ein Großteil der jetzt von den Sicherheitsstrategen erhobenen Forderungen abzulehnen.

So ist die Aufenthaltsüberwachung mittels einer elektronischen Fußfessel in einem engen Rahmen seit 2012 für verurteilte, rückfallgefährdete Straftäter vorgesehen. Ihre Einführung war höchst umstritten, da sie die Freiheit des Menschen einschränkt, seine Privatsphäre verletzt und ihn stigmatisiert. Zudem ist ihre präventive Wirkung, gelinde gesagt, begrenzt. In Brandenburg kam die Fußfessel bisher in

einem Fall zur Anwendung. Nun soll die Fußfessel zur Überwachung von „Gefährdern“ eingesetzt werden. In diesem Kontext sind zwei Dinge besonders kritisch zu sehen:

1. steht die Kategorie „Gefährder“ in keinem Gesetz. Sie ist ein polizeilicher Arbeitsbegriff und bezeichnet Personen, denen politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung zugetraut werden. Der Begriff ist unbestimmt, öffnet der Willkür Tür und Tor. Wer „Gefährder“ ist, entscheidet die jeweilige Landespolizei.
2. muss der „Gefährder“ – im Gegensatz zur bisherigen Rechtslage – keine Straftat begangen haben. Die Behörden müssen nur vermuten, dass er es tun könne. Die Sanktion Fußfessel, dieser schwere Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, knüpft letztlich nur an die unterstellte Gesinnung des „Gefährders“ an. Damit würde eine rechtsstaatliche Grenze überschritten werden. Kürzlich wurde berechtigt geschrieben: Denkt man die Idee der präventiven Fußfessel zu Ende, landet man in Guantánamo.

Unsinn einer maßlosen Videoüberwachung

Neuerdings wird zudem die Ausdehnung der Videoüberwachung wieder verstärkt gefordert. Dabei ist auch hier allen klar, terroristische Anschläge verhindert sie auch nicht. Auch die Erfolge bei der Zurückdrängung der allgemeinen Kriminalität sind bescheiden. Jedoch sind in den letzten Monaten mehrere Kapitalverbrechen in Berlin/Brandenburg durch Videoaufnahmen aufgeklärt worden. Von daher kann natürlich darüber diskutiert werden, ob an bestimmten Orten in Brandenburg eine solche Überwachung auf der Grundlage des Brandenburger Polizeigesetzes Sinn macht. Flächendeckend wäre sie verfassungswidrig.

Bestehende Gesetze anwenden, nicht ausweiten

Bereits diese beiden Beispiele zeigen, dass die Forderungen kaum mehr Sicherheit vor terroristischen Anschlägen bringen. Das Attentat von Berlin hätten sie nicht verhin-

dert. Es hätte jedoch bei dem Vollzug bestehender Gesetze verhindert werden können. Zum Beispiel war bekannt, dass der Attentäter Drogendelikte begangen und sich möglicherweise des Sozialbetrugs strafbar gemacht hatte. Warum die Strafverfolgungsbehörden hier nicht eingeschritten sind, ist eine offene Frage. Auch der Ruf nach einem zentralisierten Geheimdienst geht an der Realität vorbei. Es gibt bereits ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum, wo alle Sicherheits-

dienste von Bund und Ländern an einem Tisch sitzen. Mindestens sieben Mal war der Attentäter dort Thema. Nach allem was wir gegenwärtig wissen, sind in Bezug auf das Berliner Attentat nicht Gesetzeslücken, sondern ein Behördenversagen zu konstatieren. Darüber kann auch nicht das betriebsame Einfordern neuer Sicherheitsgesetze hinwegtäuschen.

Vielleicht sollten wir uns angesichts der vorherrschenden Sicherheits-

politik noch einmal die Worte des norwegischen Ministerpräsidenten anlässlich des Massakers von Oslo und Utoya 2011 in Erinnerung rufen: „Wir sind erschüttert von dem, was uns getroffen hat. Aber wir geben nie unsere Werte auf. Unsere Antwort ist mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Humanität.“

Nichtkommerziellen Rundfunk in Brandenburg stärken

Die Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag setzen sich für eine Stärkung des nichtkommerziellen lokalen Rundfunks ein. In einem gemeinsamen Antrag, der Ende letzten Jahres im Hauptausschuss beschlossen wurde, fordern sie die Medienanstalt Berlin Brandenburg (mabb) auf, die Unterstützung des nichtkommerziellen Rundfunks zu intensivieren und die Angebote auszudehnen. Zudem soll geprüft werden, ob frei werdende UKW-Frequenzen an brandenburgische freie Radios vergeben werden können und welche Realisierungschancen ein nichtkommerzielles Sorbenradio habe.

Im gemeinsamen Pressegespräch forderten Klara Geywitz (SPD), Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) und Marie Luise von Halem (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Landesregierung auf, ein Förderkonzept für den nichtkommerziellen Rundfunk zu erarbeiten und bei der nächsten Novellierung des Medienstaatsvertrages Berlin-Brandenburg die Aufnahme einer Regelung für den nichtkommerziellen Rundfunk zu prüfen. Der medienpolitische Sprecher Volkmar Schöneburg betonte in dem Gespräch:

„Nichtkommerziellen Rundfunk gibt es in fast allen Bundesländern. Die Beschlussempfehlung ist ein erster wichtiger Schritt, um auch in Brandenburg dieser bundesweiten Normalität zum Durchbruch zu verhelfen. Wie innovativ und grenzüberschreitend freie Radios Programm machen und die lokale Debatte beleben können, habe ich bei Radio Slubfurt gesehen.“

Bislang gibt es im Bereich der freien Radios die vom mabb geförderten Angebote „Alex“, – früher als Offener Kanal bekannt – das stark auf Berlin fokussiert ist, sowie das Radioprojekt 88,4, das jedoch nur südwestlich von Berlin und in Potsdam zu empfangen ist. Ein freies Radio – wie beispielsweise Radio Corax in Sachsen-Anhalt, das eine Radio-Frequenz in alleiniger Zuständigkeit nutzen kann, gibt es in Brandenburg jedoch nicht. Initiativen wie beispielsweise Radio Slubfurt aus Frankfurt (Oder) können nur via Internet senden.

Gerade im ländlichen Raum eines Flächenlandes wie Brandenburg können nichtkommerzielle Radios – in Ergänzung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und zu Pri-

vatssendern – zur Steigerung von Medienpluralität und Meinungsvielfalt, sowie von Bürgerbeteiligung, lokaler Identität und Demokratieverständnis beitragen.

Franziska Schneider, Referentin für Medienpolitik der Linksfraktion



v.l.: Klara Geywitz, Volkmar Schöneburg, Marie Luise von Halem, Foto: Fraktion DIE LINKE im Landtag Bbg.

NACHRICHTEN

Auftakt 2017 mit Neujahrsempfängen



v.l.: Dr. Volkmar Schöneburg, Hans-Ulrich Hengst
Foto: Christoph Ulbricht

Am 13. Januar nahm Volkmar Schöneburg an den Neujahrsempfängen des Stadtverbandes DIE LINKE in Fürstenwalde sowie im Anschluss der Stadt Fürstenwalde teil. Ein guter Start ins Jahr bei interessanten Gesprächen u. a. mit dem Fürstenwalder Bürgermeister Hans-Ulrich Hengst und Siegfried Unger von Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V.

Interview zum Thema NSU auf Radio Slubfurt



Foto: Romy Neupert

Wie gestaltet sich die Arbeit des Brandenburger NSU-Untersuchungsausschusses? Welche Erkenntnisse wurden bis jetzt gewonnen? Diese und noch mehr Fragen beantwortete Volkmar Schöneburg am 9. Januar im einstündigen Live-Interview mit dem nichtkommerziellen Lokalradio Slubfurt (Radio Slubfurt im Internet: <http://www.radio.slubfurt.net>).

von
Dr. Artur Pech,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

Die Fraktion DIE LINKE erhebt Mindestforderungen

Der Kreistag Oder-Spree zur Verwaltungsstrukturreform

Die Kommunalreform geht weiter. Sie ist ein viel diskutiertes Thema, auch wenn manche meinen, letztlich würden sich nur oder hauptsächlich die Beschäftigten der betroffenen kommunalen Verwaltungen dazu vernehmbar äußern.

Nun ist verständlich, das die in ihren Arbeitsplätzen Betroffenen sich Gehör verschaffen wollen. Aber die Probleme liegen tiefer.

Bevor aktuelle inhaltliche Probleme besprochen werden, sind die Tücken des Verlaufs dieser Reform anzusprechen.

Im Rahmen der angestrebten Kommunalreform wurde Anfang Dezember der Entwurf des Kreisneugliederungsgesetzes bekannt gemacht. Dabei handelt es sich um ein Paket von mehr als 500 Seiten. Nach dem Begleitschreiben des Innenministeriums sollten die Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der Landkreise und kreisfreien Städte bis zum 10. Februar 2017 über ihre Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf beschließen. Im Landkreis Oder-Spree wäre dazu ein zusätzlicher Sonderkreistag erforderlich gewesen, denn der folgende Kreistag war für den 15. Februar geplant.

Nach diversen Protesten wurde der Termin schließlich mit Schreiben vom 23. Dezember auf den 10. März verschoben. Das ist nun knapp eine Sitzungsrunde, die für die begründete Stellungnahme von ehrenamtlich tätigen Gremien zu einem Papier von mehr als 500 Seiten reichen soll.

Am 9. Januar 2017 trat dann der zeitweilige Ausschuss des Kreistages für die Kommunalreform zusammen. Er verständigte sich darauf, in einer weiteren Beratung am 6. Februar zu prüfen, inwieweit eine von der Kreisverwaltung für den Landkreistag erarbeitete Stellungnahme zum Kreisneubildungsgesetz als Grundlage für eine Beschlussfassung im Kreistag herangezogen werden kann. Unter dieser Voraus-

setzung erschien eine ordentliche Behandlung zum Kreistag am 15. Februar 2015 möglich. Wenn dieser Artikel seine Leser erreicht, werden wir wissen, ob das Vorhaben geglückt ist.

Eine andere Tücke lässt gerade bei einem linken kommunalpolitischen Akteur die Glocken schrillen.

Am 29. Dezember 2016 gab der Minister des Innern und für Kommunales dem *rbb-Inforadio* ein Interview. Und da führte er aus: „Die SPD hat schon mal für notwendige und richtige Reformen bezahlen müssen. Das waren die Reformen am Arbeitsmarkt, genannt auch Hartz IV. Keiner, keiner wird heute bezweifeln, dass diese Reformen richtig und notwendig waren. Und dennoch hat die SPD dafür bezahlen müssen.“

Dem muss ich entgegen halten: Dann bin ich „Keiner“! Hartz IV muss weg. Und ich hoffe noch immer auf eine Kommunalreform, von der man das eines Tages nicht auch sagen wird.

Nach § 1 des aktuell in Rede stehenden Kreisneubildungsgesetzes soll auch der Landkreis Oder-Spree aufgelöst, nach § 7 aus der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) und dem Landkreis Oder-Spree ein neuer Landkreis Oder-Spree gebildet werden. Das ist und bleibt strittig.

Für den dann neu zu wählenden Kreistag liefe das auf etwa 42 Abgeordnete aus dem jetzigen Landkreis Oder-Spree und 14 aus der Stadt Frankfurt (Oder) hinaus.

Mit Blick auf die Arbeit im Kreistag hat unsere Fraktion einige Mindestforderungen deutlich gemacht:

■ Bei gleicher Gesamtzahl der Abgeordneten des Kreistages werden diese ehrenamtlichen Kommunalpolitiker einer gestärkten professionellen Verwaltung gegenüber stehen. Sofern sie nicht Rentner oder arbeitslos sind, müssen sie ihre Aufgaben auch kompetent in ihrer Freizeit erfüllen können. Das gilt insbesondere auch hinsichtlich zusätzlicher Aufgaben, die den Landkreisen in Selbstverwaltung übertragen werden.

Wenn es nicht zu einer deutlichen Verbesserung ihrer Arbeits-

bedingungen kommt, werden die Abgeordneten damit überfordert und können letztlich ihre Aufgaben gegenüber der professionellen Verwaltung immer weniger erfüllen können.

■ Im Gesetzentwurf ist ein „Fusionsgremium“ vorgesehen, dem nur je drei Abgeordnete aus dem gegenwärtigen Kreistag und aus der Stadtverordnetenversammlung angehören sollen. Das schließt einen großen Teil des Kreistages von der Mitwirkung aus und ist – insbesondere auch mit Blick auf die vorübergehende Funktion dieses Gremiums als Kreisausschuss – problematisch. Es ist zu sichern, dass die Fraktionen im Fusionsgremium ebenso vertreten sind, wie bisher im Kreisausschuss / im Hauptausschuss. Die paritätische Zusammensetzung des Fusionsgremiums (die ohnehin die bevölkerungsreicheren Landkreise benachteiligt) darf dabei nicht verletzt werden.

■ Unzulässig sollen Regelungen sein, nach denen die Entscheidungskompetenzen des Kreistages (z.B. zum Haushalt) durch die Übertragung zusätzlicher finanzieller Belastungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung beschnitten werden. Fehlbedarfe der kreisfreien Städte dürfen nicht auf die kommunale Solidargemeinschaft der (finanziell ebenfalls nicht ausreichend ausgestatteten) Kommunen des Landkreises übertragen werden.

■ Die inhaltliche und territoriale Ausweitung der Tätigkeitsbereiche des Kreistages erfordert die Erweiterung der Möglichkeiten für die Bürgerbeteiligung bereits im Prozess der Kommunalreform. Eine Durchsetzung nur Kraft Gesetzes ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Positionen der Menschen fördert die Politikverdrossenheit und würde zu unvermeidbaren politischen Effekten führen.

Wir werden über den weiteren Verlauf der Arbeit des Kreistages an der Kommunalreform fortlaufend informieren.



Die Broschüre der Landtagsfraktion DIE LINKE ist in einer 2. erweiterten Auflage erschienen und kann über die Kreisgeschäftsstelle bestellt werden.

Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Fürstenwalde – eine ehrenamtliche Initiative

Rosa Luxemburg ist eine bisher noch viel zu wenig gewürdigte Person der Zeitgeschichte, sie hat frühzeitig vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs gewarnt, war eine glänzende Wirtschaftsexpertin, eine Vorkämpferin für Gerechtigkeit und eine aufrüttelnde Rednerin.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) widmet sich in Deutschland ihrem Erbe und die RLS Brandenburg wird auch im Jahre 2017 in Fürstenwalde etwa vier bis sechs Bildungsveranstaltungen pro Jahr durchführen. Verantwortlich für die hiesigen RLS-Aktivitäten ist Anja Röhl, sie plant die Veranstaltungen dicht am Thema.

Es werden Veranstaltungen sein, die an der Schnittstelle zwischen Literatur und Kunst, Politik und Zeitgeschichte angesiedelt sind, die spannend und ermutigend sind, die sich mit den Möglichkeiten echter Demokratie beschäftigen und Mut zu eigenen Gedanken machen. Sie werden auch für Jugendliche interessant sein.

Die Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Fürstenwalde werden in diesem Jahr wieder mit dem Filmtheater Union, dem Kiez-KOM aus Fürstenwalde-Nord, der Volkssolidarität e. V. und der Stadtbibliothek Fürstenwalde (Spree) durchgeführt. Die Veranstaltungen sind bis auf die im Union Filmtheater eintrittsfrei. Fürs Kino gilt ein ermäßigter Eintrittspreis.

Der Plan für das Jahr 2017:

- **9. März, 20 Uhr, Filmtheater Union-Fürstenwalde, Berliner Straße 10, Fürstenwalde**
Film: Stadt als Beute

Weitere Informationen siehe Karten auf Seite 13.

- **6. April, 18 Uhr, Volkssolidarität, Frankfurter Straße 5, Fürstenwalde**
Vortrag: Der Untergang der Sowjetunion – Reinhard Lauterbach

Reinhard Lauterbach ist ein linker Osteuropaexperte. Er publiziert bei *Nachdenkseiten.de*, in der Tageszeitung *junge Welt* und in weiteren linken Blättern. Seine Sicht auf die Politik Russlands und der EU ist differenziert und konkret. Sie beruht immer auf fundierter Kenntnis

der Materie. Wenn wir uns klug informieren wollen, haben wir in ihm einen Menschen, der uns nichts aufdrängt, sondern uns zum Nachdenken anzuregen versteht.

- **11. Mai, 18 Uhr, Kiez-KOM, Stadteiltreff Nord, Wladislaw-Wolkow-Straße 26, Fürstenwalde**
Film und Diskussion: Die Welt der Wunderlichs

Eine bitterböse Komödie über eine alleinerziehende Mutter, die zwischen Hartz IV und wechselnden Jobs lebt und am liebsten vor ihrer Familie davonlaufen will, mit Undine Zimmer.

- **12. Oktober, 18 Uhr, Stadtbibliothek, Kulturfabrik, Domgasse, Fürstenwalde**
Vortrag und Diskussion: Dr. Sabine Koburger über Hans Fallada

Unterschätzt in der deutschen Literaturgeschichte – Vortrag und Leseanregungen, eine Fallada-Forscherin gibt Auskunft.

- **16. November, Rote Bank der LINKEN Oder4-Spree, Mühlenstraße 15, Fürstenwalde**
Vortrag: Wozu die DDR-Aufarbeitung dient – Matthias Krauß

Der Potsdamer Journalist und Buchautor Matthias Krauß hat ein Buch über die Hintergründe der „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte geschrieben. Erst im Nachhinein, angesichts von Massenarbeitslosigkeit, als den Ostdeutschen die DDR in einem besseren Licht erschien, das war die Stunde der Aufarbeitung, meint Matthias Krauß.

- **14. Dezember, 18 Uhr, Kiez-KOM, Stadteiltreff Nord, Wladislaw-Wolkow-Straße 26, Fürstenwalde**
Lesung: Holger Franke – Weihnachtsgeschichten einmal anders

Der Leiter des Kindertheaters Rote Grütze mit weihnachtlicher Umrahmung/Plätzchen etc.

Kontakt für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in Fürstenwalde:
Anja Röhl
E-Mail: anjairinaroehl@gmail.com
Telefon: (033 61) 357 1776



Der junge Karl Marx

Spielfilm, Deutschland/Frankreich/Belgien 2016, 118 Min.

3. März 2017

- **17.00 Uhr, Filmpalast Eisenhüttenstadt, Werkstraße 2a**
(Termin noch nicht bestätigt, bitte im Kino informieren)
- **20.15 Uhr, Filmtheater Union-Fürstenwalde, Berliner Str. 10**

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord ist Pate der Filmvorführungen. Er wird vor Beginn des Films erläutern, welche Bedeutung Karl Marx für ihn immer noch hat und welche persönliche Anekdote er mit ihm in Verbindung bringt.

In **Erkner** wird „Der junge Karl Marx“ im Rahmen der kostenlosen Filmvorführungsreihe von Volkmar Schöneburg am **3. Mai 2017 um 19 Uhr im Kino-Movieland** gezeigt.

Paris, 1844, am Vorabend der industriellen Revolution: der 26-jährige Karl Marx (August Diehl) lebt mit seiner Frau Jenny (Vicky Krieps) im französischen Exil. Als Marx dort dem jungen Friedrich Engels (Stefan Konarske) vorgestellt wird, hat der notorisch bankrotte Familienvater für den gestriegelten Bourgeois und Sohn eines Fabrikbesitzers nur Verachtung übrig. Doch der Dandy Engels hat gerade über die Verelendung des englischen Proletariats geschrieben, er liebt Mary Burns, eine Baumwollspinnerin und Rebellin der englischen Arbeiterbewegung.

Engels weiß, wovon er spricht. Er ist das letzte Puzzlestück, das Marx zu einer rückhaltlosen Beschreibung der Krise noch fehlt. Marx und Engels haben denselben Humor und ein gemeinsames Ziel, sie können sich hervorragend miteinander betrinken, und sie respektieren und inspirieren sich als Kampfgefährten. Zusammen mit Jenny Marx erarbeiten sie Schriften, die die Revolution entzünden sollen.

Die sozialen und politischen Krisen brodeln, doch die Intellektuellen in Deutschland und Frankreich reagieren nur mit

ausflüchtender Rhetorik. Marx und Engels wollen nicht mehr nur Theorie, sondern Wirklichkeit, sie wollen den Massen ein neues Weltbild geben. Doch dafür müssen sie die Arbeiterbewegung hinter sich bringen – nicht so leicht, denn mit ihrer jugendlichen Anmaßung stoßen Marx und Engels so manchen gestandenen Revolutionär vor den Kopf. Trotz Zensur, Polizeirazzien und internen Machtkämpfen lassen sie nicht nach in ihren Versuchen, eine neue Vision von menschlicher Gemeinschaft zu formulieren.

Quelle: www.mm-filmpresse.de

Die wissbegierigen Stolperstein-Kinder der Woltersdorfer Grundschule

Volkmar Schöneburg wurde zur Jugendkriminalität befragt



v.l.n.r.: Sebastian Meskes, Volkmar Schöneburg, Edgar Gutjahr
Foto: Franziska Schneider

Am letzten Schultag des Jahres 2016 wurde der Landtagsabgeordnete Volkmar Schöneburg von Schülern der Grundschule am Weinberg nach Woltersdorf eingeladen. Das Wunschthema der „Stolperstein-Kinder“ war Jugendkriminalität. Die 13 Schülerinnen und Schüler hatten sich während einer Projektwoche für ein Stolpersteinprojekt in ihrem Ort engagiert.

Dafür hatten sie sich eine lebendige Schulstunde mit einem Experten gewünscht.

Die erste Frage von Schöneburg, bevor er löchrig gefragt wurde, war, wer schon mal einen Schulkameraden geschubst, angespuckt oder bestohlen hat. So ziemlich alle Finger gingen in die Höhe. Doch anstatt einer Standpauke, klärte Schöneburg recht bildlich

darüber auf, ab wann von schwerer Kriminalität die Rede ist, was dann für Sanktionen drohen und wie man sich stattdessen friedlich vertragen und aussprechen sollte.

Schöneburg erzählte von Jugendlichen, die schwere Gewalttaten begangen haben und die er selbst als Anwalt verteidigt hat. Sofort kam die Frage, wie er das als Anwalt machen kann, wenn der Täter doch jemanden umgebracht oder krankenhausreif geprügelt hat. „Kriminalität ist nicht angeboren, sondern hat vor allem soziale Hintergründe. So sehe ich hinter jedem Straftäter den Menschen.“, erklärte Schöneburg.

Und was ist, wenn man mehrmals beim Schwarzfahren erwischt wird? Droht dann Gefängnis? „Gefängnis ist keine gute Lösung“, sagte Schöneburg. Als Anwalt hat er sehen können, dass es viel wirkungsvoller ist, wenn die Jugendlichen mit dem Opfer konfrontiert werden, gemeinnützige Arbeit in ihrem Ort ableisten oder in einer Therapie lernen, mit ihrem Suchtproblem umzugehen. Die aufgeweckten, interessierten und klugen Sechstklässler nutzten jede Sekunde, um zu erfahren, was bei Anstiftung zu einer Tat passiert, was man tun soll, wenn man sieht, dass jemand verprügelt wird und und und ...

Als ehemaliger Verfassungsrichter, Justizminister a.D. und heutiger Landtagsabgeordneter waren sich die Kinder bewusst, dass sie jemanden vor sich hatten, der sich in allen drei Gewalten auskennt. Dass es Legislative, Exekutive und Judikative gibt, hatten die Elf- und Zwölfjährigen schon von ihrer engagierten Klassenlehrerin gelernt. So kam zum Schluss auch die Frage, wie ein Tag im Leben eines Ministers aussieht. Nach den ein- und eineinhalb Stunden, die Schöneburg in Begleitung von Sebastian Meskes (Vorsitzender DIE LINKE und der Gemeindevertretung Woltersdorf) sowie Edgar Gutjahr (DIE LINKE Woltersdorf) in der Klasse verbracht hat, war eines klar: Solche Termine müssten öfter in seinem Kalender stehen.

Franziska Schneider, Erkner

Jugendkriminalität im Landkreis Oder-Spree

Von Dr. Volkmar Schöneburg

„Monsterkids“ und „Brutalo-Jugendliche“ sind Bezeichnungen der Boulevardpresse, wenn über Jugendkriminalität geschrieben wird. Da sind junge Männer schon mal „die gefährlichste Spezies der Welt“. Anschließend wird ein hartes Durchgreifen, d.h. ein Wegsperrn der kriminellen Jugendlichen gefordert. Diese an brutale Einzelfälle anknüpfenden Verallgemeinerungen haben mit der tatsächlichen Situation nichts gemein.

In der Statistik umfasst die Jugendkriminalität die Tatverdächtigen im Alter von 14 bis 21 Jahren. Für diesen Personen-

kreis kommt die Anwendung des Jugendstrafrechts in Frage. In LOS wurden für jenen Altersbereich im Jahr 2015 insgesamt 1554 Straftaten registriert. Das sind etwa 18 Prozent des gesamten Kriminalitätsaufkommens im Landkreis. An der Spitze der Delikte stehen 522 Diebstähle, davon 332 mehr oder weniger geringfügige Ladendiebstähle. Dann folgen 422 Drogendelikte, 113 Körperverletzungen und 63 Sachbeschädigungen (meist Graffiti).

Daraus lässt sich ablesen, dass schwere Gewaltkriminalität wie Raub, räuberische Erpressung oder schwere Kör-

perverletzung in LOS nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Der Staat kann auf Jugendstraftaten mit verschiedenen Erziehungsmaßnahmen wie zum Beispiel der Anordnung sozialer Trainingskurse, gemeinnütziger Arbeit und der Schadenswiedergutmachung oder mit der Verhängung einer Freiheitsstrafe reagieren. Zu bevorzugen sind die Erziehungsmaßnahmen, die erfolgreicher bei der Rückfallvermeidung sind. Hingegen darf der Freiheitsentzug bei einer Rückfälligkeit der Eingesperrten von etwa 70 Prozent lediglich die Ultima Ratio sein.

In Berlin: Miethai-Lobby obsiegt über Koalition

Solidarität für Dr. Andrej Holm auch in Brandenburg

Am 16. Januar 2017 trat der fünf Wochen vorher ernannte Staatssekretär im Berliner rot-rot-grünen Senat, Dr. Andrej Holm, von seinem Amt zurück. Er reagierte damit auf die Forderung des Regierenden Bürgermeisters Müller und die gegen ihn laufende Kampagne in den Medien.

Im Folgenden drucken wir den offenen Brief der Fürstenwalderin Anja Röhl an Dr. Andrej Holm ab.

Lieber Andrej Holm

Die mediale Schlacht, die deinen Namen seit Tagen im 5-Minutentakt (Beispiel: Radio Brandenburg) Millionen Menschen in die Ohren schrie, hat dich nun zum Rücktritt und offenbar nun auch um deinen Ursprungs-Arbeitsplatz gebracht. Das ist bitter. Schlimmer noch aber ist, was es bedeutet: Kniefall der Koalitions-Politik gegenüber der Miethai-Lobby, Kriegserklärung gegen die organisierte Mieterbewegung, deren Sprachrohr du bist, Exempelstatuierung an einem seiner engagiertesten Vertreter. Die Stasi-Beschuldigung (die für jeden gilt, der dort seinen einfachen Arbeitsplatz hatte) wird heutzutage, in extremer Verschiebung historischer Tatsachen, schlimmer als jede Nazi-Parteimitgliedschaft geahndet.

Aber fast der gesamte Führungsstab der Staatsbediensteten der ehemaligen BRD, in Polizei, BND, Verwaltung, Justiz und Medien wurde in den 60er, 70er, 80er Jahren durch Menschen mit Nazi-Funktionärshintergrund repräsentiert, ausgebildet und angeleitet, einer Diktatur, die 50 Millionen Menschen ermordete, die Juden, angebliche

Slaven, Sinti und Roma, schwarze Menschen, und Kommunisten zusammen mit Zehntausenden Kranken als geistig minderwertig, unterhalb der Tiere ansiedelte und mittels grausamster Methoden der Vernichtung preisgab und dies bis zum letzten Tag 1945 rechtfertigte.

Zahllose dieser Menschen wurden schon ab 1952/56 nicht nur rehabilitiert, sondern auch wieder in wichtige staatliche Entscheidungsposten befördert, sie waren Staatsminister, Präsidenten, Oberstudienräte, Chefärzte, Justizminister, Staatsanwälte, leitende Angestellte, etliche haben das Bundesverdienstkreuz erhalten. Warum wirft man dich 25 Jahre nach 89 aus dem Amt, obgleich du nichts getan hast und obgleich die Staatssicherheitsbehörde, bei der du gearbeitet hast, einen ganz normalen Staat gesichert hat, der nicht mal irgendwo einen Krieg führte? Seine Methoden, die durch den kalten Krieg diktiert wurden, die man historisch analysieren muss und die man auch kritisieren darf, haben nichts, aber auch nichts gemein mit den Methoden, die die Nazis anwandten, deren Vertreter und Nachkommen die Bundesrepublik Deutschland ab dem frühen 50er Jahren aufgebaut und bis 1989 entscheidend mitbestimmt haben, das ist ein Fakt, der durch zahllose Historiker belegt und bewiesen wurde und immer noch weiter bewiesen wird.

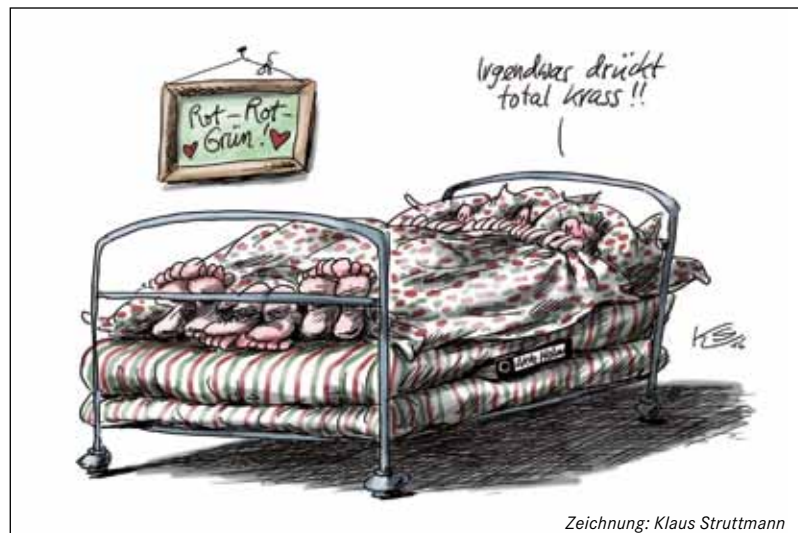
Dass hier also nur ein Vorwand gesucht wurde, wie man dich als einen Vertreter der Mieterinitiativen und sozialen Mietenplaner so schnell wie möglich aus dem Amt wieder hinausbefördern kann, das scheint mir klar zu sein, und das geht uns alle an, denn

damit sind wir gemeint, diejenigen, die sich über Jahrzehnte nicht haben klein-kriegen lassen, diejenigen, die im Film „Mietrebell“ zu Wort kommen, deren Initiativen unermüdlich, unter Einsatz von Freizeit, Nerven und Lebenskraft für eine bessere Wohnqualität streiten und sich einsetzen. Es ist wichtig, dass wir uns das klarmachen. Wir sind gemeint, wenn sie über dich herziehen, wir sind gemeint, wenn sie dich rauswerfen!

Das zeigt aber, wie stark die Mietrechtsbewegung schon ist, die Lobby zittert vor Angst, unsere Vertreter könnten Entscheidungsgewalt bekommen. Das ist ein Zeichen in Zeiten, wo wir auf den Reißbrettern der Stadtplaner und Miethai keine Menschen, sondern nur Negativzahlen ihrer Bilanzen sind. Das zeigt, dass wir nun auch einmal als etwas anderes wahrgenommen werden, nämlich als ernstzunehmende Faktoren.

Also: Nicht nachlassen im Widerstand gegen die Aufteilung des Wohnraums unter die Haifische! Nicht nachlassen im Kampf um eine menschenwürdige Stadt! Solidarität mit Andrej Holm!

Anja Röhl, Fürstenwalde



Zeichnung: Klaus Struttman



9. März • 20 Uhr • Filmtheater Union-Fürstenwalde
(Berliner Straße 10, 15517 Fürstenwalde)

Dokumentarfilm: Stadt als Beute

Die Umkrempelung ehemaliger staatlicher Wohnbestände in privatisierte Mietwohnungen wird am Beispiel Berlin über vier Jahre lang durchleuchtet. Paralleluniversen tun sich auf.

Andreas Wilcke war mit seiner Kamera dabei, befragte Akteure, begleitete Makler, Investoren und Kaufinteressenten bei der „Schnäppchenjagd“ auf dem Wohnungsmarkt und Mieter beim Gang durch die Institutionen. Ist das die Zukunft unserer Städte oder bereits schon Gegenwart? Wo bleibt da noch das Recht auf Wohnraum?

Filmveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in Fürstenwalde, ermäßigter Eintritt

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 16. Februar, 19 Uhr, Märkischer Biergarten, Ringstr. 9, Beeskow,
Mitgliederversammlung DIE LINKE Beeskow,
Thema: Diskussion zum Bundestagswahlprogramm
mit MdL Dr. Volkmar Schöneburg
- 3. März 2017, Spielfilm „Der junge Karl Marx“
17.00 Uhr, Filmpalast Eisenhüttenstadt, Werkstr. 2a,
20.15 Uhr, Filmtheater Union-Fürstenwalde, Berliner
Str. 10, weitere Informationen auf Seite 11
- 4. März, Burg Beeskow, Frankfurter Str. 23, Beeskow
Vergabe des Helmut-Preißler Preises
MdL Dr. Volkmar Schöneburg vergibt den Preis an einen
Teilnehmer der offenen Schreibwerkstatt Beeskow
- 9. März, 20 Uhr, Filmtheater Union-Fürstenwalde
Dokumentarfilm: Stadt als Beute
weitere Informationen auf Seite 13

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im
Februar 2017



1.2.	Wolfgang Heinrich	Fürstenwalde	84 J.
5.2.	Dr. Heinz Schmieder	Beeskow	86 J.
7.2.	Erika Herms	Eisenhüttenstadt	95 J.
7.2.	Heinz Wimmer	Eisenhüttenstadt	84 J.
8.2.	Ursula Menge	Eisenhüttenstadt	84 J.
8.2.	Günter Schaumann	Bad Saarow	86 J.
13.2.	Jörg Bemme	Fürstenwalde	82 J.
13.2.	Heinz Purps	Fürstenwalde	86 J.
15.2.	Siegfried Brämick	Eisenhüttenstadt	91 J.
15.2.	Rosemarie Böhme	Eisenhüttenstadt	88 J.
16.2.	Rudolf Gangelmayr	Gosen-Neu Zittau	86 J.
17.2.	Manfred Bühring	Erkner	82 J.
20.2.	Helmut Fechner	Erkner	84 J.
28.2.	Egbert Langhof	Beeskow	80 J.
28.2.	Klaus Walaschek	Eisenhüttenstadt	81 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 15–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Kosten der Unterkunft – Beilage des Widerspruch

Die Linksfraktion im Kreistag Oder-Spree hat die 2. überarbeitete und aktualisierte Auflage ihrer Broschüre zu den Kosten der Unterkunft im Landkreis Oder-Spree herausgegeben. Dafür gibt es drei Gründe:

- Zunächst sind die Unterschiede zwischen den Land-/Stadtkreisen im Land Brandenburg genauer zu erfassen. Eine nähere Betrachtung macht deutlich, dass unterschiedliche Entwicklungen sich eher aus politischen Entscheidungen und differierender Verwaltungspraxis als aus sachlichen Unterschieden zwischen den Land-/Stadtkreisen ergeben.
- Zweites war zu untersuchen, welche Wirkungen die Mitte 2015 im Landkreis Oder-Spree nach langer Verzögerung vorgenommene Anpassung der Werte zur Beurteilung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft hatte. Schließlich steht nach geltendem Recht Mitte 2017 die nächste Anpassung an.
- Drittens wurde die Darstellung der territorialen Zuständigkeiten der Außenstellen des Jobcenters an den aktuellen Stand angepasst.

Die Broschüre wird als Beilage mit dieser Ausgabe des *Widerspruch* ausgeliefert.

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 14. 2., 7. 3., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Februar/März 2017

■ Zeitweiliger Ausschuss Kommunalreform	6. 2., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Jugendhilfeausschuss	13. 2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU	21. 2., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
■ Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft	23. 2., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit	28. 2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Unterausschuss Jugendhilfeplanung	2. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	7. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr	8. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Jugendhilfeausschuss	9. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen	13. 3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Kreisausschuss	15. 3., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

15. 2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium
29. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

■ 14. März 2017, 18 Uhr

Filmtheater Union-Fürstenwalde, Berliner Straße 10, Fürstenwalde



Eine unerhörte Frau

Frauentags-Filmvorführung

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord und der Landtagsabgeordnete Volkmarschöneburg laden ein zum Film „Eine unerhörte Frau“. Ein bewegendes, auf einer wahren Geschichte beruhendes Drama über den Kampf einer Mutter für das Leben ihrer Tochter und gegen die Mängel im deutschen Gesundheitssystem. Im Anschluss besteht die Möglichkeit der Diskussion.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der Fürstenwalder Frauenwoche sowie der Filmvorführungsreihe von Volkmarschöneburg statt.

Der Eintritt ist frei.



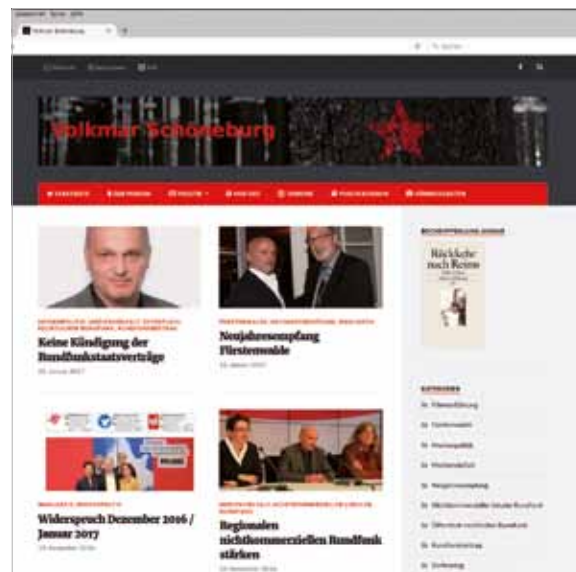
Am 21.1.17 trafen sich 18000 Menschen auf der „Wir haben es satt!“-Demonstration in Berlin um unter dem Motto „Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen! - Gemeinsam für gesundes Essen, bäuerlich-ökologische Landwirtschaft und fairen Handel“ zu demonstrieren.
Foto: Uwe Hicks

Zucker-Kasten



Auf einen Klick

Neue Homepage von Volkmarschöneburg



Auf www.volkmarschoeneburg.de gibt es:

- aktuelle Termine,
- dokumentierte Kurzmitteilungen über die Arbeit im Landtag und Wahlkreis,
- Videos zu Plenumsreden,
- Kontaktdaten,
- ausgewählten Publikationen sowie
- monatliche Buchempfehlungen.

Rätselrubrik

Knapp ein Jahr hat das Team Schöneburg für die Lösung des Rätsels einen Preis ausgelobt. Wir haben uns über die Einsendungen der Lösungen gefreut, doch leider war die Resonanz darauf sehr gering. Deshalb ist es an der Zeit, aufzuhören. Wir bedanken uns bei den zuverlässigen Rätselfüchsen! Wir hoffen trotzdem, dass die kniffligen Rätsel den Leserinnen und Lesern des Widerspruchs Freude bereiten und wünschen viel Spaß dabei in der nächsten Ausgabe.

Volkmars, Romy und Franz

Lösung des Rätsels aus Widerspruch Dezember 2016 / Januar 2017

- Lösung: 1. Birthe, 2. Clara und 3. Anna
- Begründung: Da Clara Recht hat, hat entweder Anna oder Birthe gewonnen. Da Anna auch Recht hat, kann Birthe nicht Zweite sein, da sonst Clara gewonnen hätte. Also muss nach Aussage von Clara Birthe siegen. Nach meiner Aussage folgt nun, dass Clara Zweite und Anna Dritte ist.

Die ausgeloste Gewinnerin ist Ira Strübing. Herzlichen Glückwunsch!

Volkmarschöneburg spendet Ihnen als Gewinn einen Gutschein für eine kulturelle Veranstaltung in Ihrer Nähe.

Pflegenotstand stoppen! Gute Versorgung für alle.

In Deutschland herrscht Pflegenotstand. Immer mehr Menschen können sich gute Pflege nicht leisten, müssen sich verschulden oder geraten wegen der hohen Kosten in die Sozialhilfe. Das ist in einem reichen Land wie Deutschland ein Armutszeugnis. Noch immer übernehmen vor allem Frauen Pflegearbeit. Im Alltag kämpfen sie mit Dauerstress, Erschöpfung und Geldsorgen. Viele müssen ihre Berufstätigkeit einschränken oder aufgeben – das führt zu Altersarmut.

Die Pflegepolitik der Bundesregierung hat die Pflege zu einem Markt gemacht.

Private Unternehmen machen Gewinne – auf Kosten der Versorgungsqualität. So werden in Pflegeheimen Menschen am Bett fixiert, weil ihre Pflegerin nachts für bis zu 25 Menschen verantwortlich ist. Es fehlt die Zeit zum Zuhören, für Zuwendung und Förderung. Viele Beschäftigte macht die Überlastung krank. Niedriglöhne und Teilzeitverträge führen trotz harter Arbeit in die Altersarmut.

**Personalmangel
im Krankenhaus
gefährdet
Ihre Gesundheit.**

Pflegenotstand stoppen,
100.000 Pflegekräfte mehr!

Das Problem: Pflegenotstand



Quelle: www.visitelinksfraktion.de

Die Ursache: Kostendruck durch Fallpauschalen und Wettbewerb



Quelle: www.visitelinksfraktion.de

Unsere Antwort: DIE LINKE unterstützt lokale Bündnisse ...



Quelle: www.mehr-krankenhauspersonal.de

Eine Politik, die auf Wettbewerbsdruck und Profite für Wenige setzt, ist mit menschenwürdiger Pflege nicht vereinbar. DIE LINKE kämpft für einen grundlegenden Wandel: Gute Pflege darf nicht vom Geldbeutel, vom Wohnort oder von der Herkunft abhängen. Alle Menschen müssen selbst entscheiden können, ob sie zuhause oder wohnortnah gepflegt werden wollen – von gut bezahlten Fachkräften. DIE LINKE kämpft für gute Pflege für alle:

- Familien und Beschäftigte in der Pflege entlasten – durch eine solidarische Pflegeversicherung, die alle Pflegeleistungen übernimmt. Das ist gut finanzierbar, wenn alle je nach Geldbeutel einzahlen müssen – auch Millionäre, Beamte und Abgeordnete. So können auch mehr Pflegekräfte eingestellt werden, und zusätzliche Kosten (Eigenanteile) für die Menschen mit Pflegebedarf werden abgeschafft.
- Menschenwürdige Pflege – durch mehr und gut ausgebildetes Personal: Die Bundesregierung muss sofort die Weichen für die Einstellung von mindestens 40.000 Pflegefachkräften stellen, damit menschenunwürdige Zustände in vielen Pflegeheimen beendet werden! DIE LINKE fordert zudem eine verbindliche Fachkraftquote von mindestens 50 Prozent in Pflegeeinrichtungen, deren Einhaltung wirksam kontrolliert wird.
- Wertvolle Arbeit mit Menschen endlich anerkennen – gute Löhne für gute Pflege: Der Pflegemindestlohn muss sofort auf 14 Euro erhöht werden. Tarifverträge müssen bundesweit Standard werden! Keine Pflegefachkraft darf unter 3.000 Euro (in Vollzeit) verdienen. Ausbildung, Fort- und Weiterbildungen für Pflegekräfte müssen kostenfrei sein. Das muss drin sein in einem reichen Land! Wir laden alle Beschäftigten in der Pflege, pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen und Freundinnen und Freunde ein, gemeinsam mit uns aktiv zu werden und für gute Pflege Druck auf die Bundesregierung zu machen.

Informationen gibt es hier:

www.das-muss-drin-sein.de

das-muss-drin-sein@die-linke.de